

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 8

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Rundschau

Zur Lage.

Das Feld unserer innenpolitischen Diskussionen wird seit dem 31. Oktober naturgemäß durch das Ergebnis der Nationalratswahlen beherrscht. Ihr Kennzeichen ist — abgesehen von der relativen Widerstandsfähigkeit der Gruppierungen des Landesrings — zweifellos in dem Erfolg der sozialdemokratischen Liste zu erblicken, deren Mandatzahl — in einem freilich um 7 Sitze vergrößerten Kollegium — sich von 45 auf 56 erhöht hat. In Prozenten gerechnet bedeutet das eine Erhöhung des Bestandes der eigentlichen Oppositionspartei von 24 % (1939) auf 28,8 % (1943) im neuen Nationalrat, indes die Gruppierung der eigentlichen „Regierungsparteien“ — um für einmal diesen Ausdruck zu übernehmen — (also der Freisinnigen, Katholisch-konservativen und der Bauern-, Bürger- und Gewerbspartei) von 64,7 % auf 61,8 % zurückgegangen wäre. Nun steht aber, nach der parlamentarischen Tradition der Eidgenossenschaft, dieser Gruppierung von 61,8 % eben keineswegs eine geschlossene Opposition von 38,2 % gegenüber. Im Gegenteil: so bilden beispielsweise die Liberal-konservativen, die ihren Besitzstand immerhin wahren konnten, eher den rechten Flügel der Regierungskoalition als etwas anderes, und daß auch die Unabhängigen gar nicht ohne weiteres zur Opposition zu rechnen sind, sicher nicht geschlossen, weiß man ebenfalls — wie denn die „Unabhängigen“ überhaupt ihrem Namen dadurch Ehre zu machen pflegen, daß sie, zumal bei Abstimmungen über Grundsatzfragen, fast immer auseinanderfallen. Nach den bisherigen Erfahrungen läst sich demnach, gesamthaft, also eher das Gegenteil einer geschlossenen Opposition feststellen, zumal sich übrigens, vornehmlich bei Abstimmungen grundsätzlichen Charakters, die Stimmen häufig partei- und gruppierungsmaig zu überschneiden pflegen. Das ist nun einmal so, und es ist gut so, und im Grunde möchte niemand diese Gegebenheiten missen, ob sie sich gleich als besondere Eigentümlichkeiten unserer parlamentarischen Zustandslage erweisen mögen — außer vielleicht ein paar ewigen und unverbesserlichen Dogmatikern, die sich freilich in den oft geheimnisvoll sprudelnden Quellen unseres politischen Lebens ohnehin niemals werden zurechtfinden können. Auch weiß man, daß alles das, was man unsere „bürgerliche Opposition“ nennen könnte, die Sozialdemokraten jedenfalls dann immer im Stich gelassen hat und lassen wird, wenn es sich um wirkliche Prinzipvorstoe radikalsten Charakters handelt. Und so ergibt sich denn im Gesamten eben bei uns nicht jenes Bild der geschlossenen Opposition, wie wir sie aus parlamentarisch regierten Ländern kannten, sondern eigentlich oppositionell ist meist nur die sozialdemokratische Linke — und auch diese nicht immer.

Die sozialdemokratische Opposition nun hat also um 4,8 % auf 28,8 % zugenommen. Uns scheint nun freilich diese Zunahme weniger überwältigend, als man sie mancherorts beurteilen will oder zu beurteilen vorgibt. Schließlich leben wir nun einmal bereits im heftigen Laufe des fünften Kriegsjahres, und in den vier Jahren seit den letzten Nationalratswahlen — wie weit liegen sie zurück, jene Tage! — ist immerhin mehr als eine Be-

lastung drückend geworden — materiell und stimmungsmäßig. Was kam da nicht alles: die kriegsbedingte Teuerung und die Lohnverhältnisse; viele ertragene Kriegslasten, viel geleisteter Militärdienst, alle möglichen Widrigkeiten und viel des Unerquicklichen, dazu für Manchen Aussicht auf eine recht unsichere Zukunft — mußte nicht dies alles schon gefühlsmäßig verstärkte Ansprüche an die staatliche Gemeinschaft erzeugen, und Ansprüche auf ihre Ausgestaltung in der Richtung vermehrter sozialer Gerechtigkeit? Mit Recht hat die „Neue Berner Zeitung“ diese Umstände hervorgehoben. Durch sie mußten ja viele Wähler geradezu zwangsläufig der Partei in die Arme getrieben werden, die im Bundesrate nicht vertreten, also für keinerlei Ungemach verantwortlich zu machen war, die eben Opposition trieb, wie es ihr gerade paßte und sich „in freier, oft recht dankbarer Kritik“ bewegen konnte. Angefichts solcher Umstände wäre man eher versucht, sich zu wundern, daß dieser Partei nicht in ganz anderem Maße Stimmen zugeslossen sind, als es tatsächlich der Fall gewesen ist. Denn die Zahl der Unzufriedenen ist reichlich groß, und auch das rasch nahende Ende des Krieges mochte sie bisher, der unsicheren Aussichten wegen, bestimmt nicht zu vermindern. Was also gekommen ist, das konnte ja gar nicht anders kommen, und so nehmen wir denn die 5% sozialistischer Verstärkung zweckmäßig mit Gleichmut hin und mit ruhiger Befriedigung darüber, daß es nicht mehr geworden sind. Das Bürgertum freilich täte wohl daran, der rechtzeitigen Warnung gebührende Beachtung zu schenken, die aus diesem Ergebnis spricht.

Die sozialdemokratische Partei genöß übrigens, wie die „Neue Berner Zeitung“ weiter mit Recht hervorhebt, wieder die „konsequente, geschlossene und disziplinierte Unterstützung“ durch die Gewerkschaften, die sich hiervon selbst durch mannigfache Differenzen niemals abhalten lassen. Allein in gewissen Bezirken, so in Zürich und Basel, genöß die Oppositionspartei zweifellos noch andere Unterstützung: nämlich durch die Kommunisten, die als Partei zwar verboten wurden, aber deswegen nicht im geringsten verschwunden ist. Das Verbot hatte unter diesen Umständen also nichts weiter zur Folge, als daß die kommunistischen Stimmen, die man ohne Verbot fein säuberlich getrennt hätte ins Auge fassen können, zu einem nicht unerheblichen Teile sich unter die sozialdemokratischen Reihen mischten, indem sie, selbst verschwindend, jene unkontrolliert verstärkten. Eine weitere Folge des Kommunisten-Verbotes, und wieder eine, die nicht zu seiner Rechtfertigung spricht! Auch beachte man speziell in diesem Zusammenhange wieder das unerquickliche Bild, das die Genfer Verhältnisse bei diesen Wahlen erneut wiedergaben.

Was nun? Ein „Erdrutsch“ ist nicht geschehen; die Lage blieb stabil. Etwas anderes läßt sich nun einmal aus den „5%“ dieser Wahlen eben nicht herauslesen. Oder soll, zusätzlich, noch darauf hingewiesen werden, daß die Bundesversammlung, die als Gesamtes unsere gesetzgebende Behörde ist, von 238 National- und Ständeräten nunmehr, nach den Stichwahlen, 61 Sozialdemokraten aufweist? Nun der erste Pressesturm vorüber ist, wird man schließlich auch im sozialdemokratischen Parteilager den Boden der Tatsachen wieder finden müssen. Denn noch immer war die Illusion ein schlechte Grundlage zur realen Vertretung politischer Ansprüche! Im übrigen wird man nun, da die Fanfarentöne allmählich ins Verklingen übergehen, miteinander reden, wie man es zum Wohle des Landes schon mehr als einmal getan hat seit dem 1. September

1939, auch wenn es nicht in den Zeitungen steht, und diese nach außen ganz anders schreiben.

„Sachprogramm?“ — Wohl kaum. Uns wundert, daß solcher Vorschlag ausgerechnet aus dem „Volkshaus“ kommt. Denn es bestanden dort wohl stets gute Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie und zu Weimar. Hat man denn wirklich ganz vergessen, wie weitgehend die Weimarer Republik gerade an den politischen Dogmatikern gescheitert ist, mit ihren „Sachprogrammen“, die selbst „im besten Falle“ nie durchgeführt wurden, stets Fassade blieben — und so, letzten Endes, nur die Atmosphäre verschlechterten, vergifteten? Uns gelüstet keineswegs nach solchem Dinge. Auch ist es des Landes nicht der Brauch. Was das Bürgertum erwartet, was es mit Anspruch zu erwarten hat von Seiten einer oppositionellen Gruppe, deren zahlenmäßiges Gewicht schließlich allzuweit nicht reicht, das ist und bleibt das Angebot einer Persönlichkeit, die nach dem Sinn und Geiste der Verständigung geschaffen ist und den Burgfrieden achten will. Es wäre der Sozialdemokratie ein leichtes, solche Persönlichkeit zu stellen — sie muß nur wollen. Und wollte sie wirklich — ihr Anspruch würde ohne größere Schwierigkeiten erfüllt, nachdem nun ein freisinniger Sitz im Bundesrat freigeworden ist. Dahin belehrt uns bereits ein kurzer Blick in die Presse: denn es sind nicht allein jene freisinnigen Organe, von denen man es seit langem gewohnt ist, die solchen Anspruch unterstützen — die Bereitschaft zur Erweiterung der Landesbehörde durch einen Mann der Linken geht nunmehr weit hinaus über den gewohnten Rahmen, denn sie umfaßt maßgebende Blätter der katholisch-konservativen Gruppe und, was eine wahre Sensation bedeutet, selbst richtungsweisende Organe des weltlichen Liberalismus, die stets die schärfsten und kompromißlosen Gegner einer sozialdemokratischen Beteiligung am Bundesrat gewesen sind. Es ist also über diesen Punkt grundsätzliche Geschlossenheit der Meinungen festzustellen. Bürgerlicherseits wäre damit die Angelegenheit vorerst zweifellos erledigt; nun ist es an der andern Seite, zu sagen, was sie wirklich will.

Die Demission von Bundesrat Wetter hat weit herum im Lande das lebhafteste Bedauern hervorgerufen. Und mit hohem Recht. Denn mit ihm verläßt einer unserer Besten die Landesbehörde; die staatsmännische Führung seines Departements in dieser schweren Kriegszeit bleibt ihm unvergessen — unvergessen vor allem wird ihm aber dieses bleiben: daß er einer von jenen war, die niemals wankten. Die Achtung vor dem Entschluß des scheidenden Bundesrates verbietet von selbst die Frage, ob die Demission gelegen komme oder ungelegen — die Frage wird müßig. Was bleibt, ist der große Dank an ihn.

Für das aber, was kommt, ist dieses wesentlich: der Rücktritt des Bundesrates stellt die Sozialdemokratie vor eine Entscheidung, die sie in diesem Moment wohl kaum gesucht hat. Und die erste Folge des Ereignisses ist einmal einfach die, daß der alte Richtungsstreit in der Partei neu anhebt. Welches aber wird sein Ergebnis sein? Wir lasen eine Proklamation der Geschäftsleitung, die vorerst durchaus den Grundsatz „Neue Schweiz“ in den Vordergrund rückt und dann sagt:

„Neben diesen richtungsweisenden Hauptfragen der Politik unseres Landes kommt das Problem einer Beteiligung der Sozialdemokratie am Bundesrat vorerst nur untergeordnete Bedeutung zu.“

Dem gegenüber ist die Berner Gruppe in erster Linie für die Beteiligung, während anderseits wieder Herr Dr. Meierhans im „Volksrecht“ und anderswo das „Sachprogramm“ in den Vordergrund stellt und außerdem

„eine umfassende Rekonstruktion des Bundesrates“

verlangt — ein Umbau offenbar von Grund auf, aus dem der Sozialdemokratie am Ende zwei Sessel erwachsen sollen. Zurückhaltend und realpolitisch wie stets beurteilt die „Metallarbeiter-Zeitung“ die Frage — in das Verlangen nach einem umfassenden Sachprogramm kann sie nicht einstimmen,

„was — wie die Erfahrung anderer Länder zeigt — im entscheidenden Augenblick meist doch nur auf dem Papier stehen bleibt.“

Wir sehen also bei denen, die es angeht, wie noch stets in dieser Frage, wieder viele verschiedene Meinungen.

Indem wir selbst, wie dies, für die eigene Partei, die „Metallarbeiter-Zeitung“ will, im Sinne der

„Festigung der Volkssolidarität und Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses“

an dieses Problem heranzugehen suchen und aus dieser Einstellung ihm gegenüberstehen wollen, bleiben wir nun eines definitiven Entschlusses der Gegenseite gewärtig, die am Zuge ist. Je nachdem wie diese Antwort dann lautet, soll eben auch die fernere Stellung des Bürgertums sein — würde freilich die sozialdemokratische Beteiligung an Bedingungen materieller Natur geknüpft, die es nicht anerkennen kann, dann muß das Bürgertum auch heute noch den Mut haben, ein klares „Nein“ zu sagen. —

* * *

Seit unserer letzten Betrachtung hat sich das Bild der Kriegslage nicht wesentlich geändert. Mit raschen Schritten strebt die Entwicklung dem Abschluß des Krieges auf dem Boden Europas zu. Was Wunder, daß unter diesen Umständen die bangeren Fragen der Nachkriegsprobleme mehr und mehr den leidenden Kontinent bewegen, seine Menschen gefangen nehmen?

Die Konferenz von Moskau hat hier, so scheint uns, in einem sehr wesentlichen Bereiche die Richtung gewiesen. Zwar steht Authentisches über ihre Ergebnisse, außer dem, was in den Resolutionen niedergelegt ist, nicht fest. Was freilich aus bestimmten Nachwirkungen bis heute ersichtlich ist, spricht aber eine recht deutliche Sprache. Man hat die Konferenz von Moskau als großen Erfolg gepriesen — uns scheint vorerst sicher dies allein, daß sie ein großer Erfolg für Sowjetrußland geworden ist. Wer nach Anzeichen dafür sucht, findet sie am Wege: die Grenzfragen des Ostens blieben offen, derweil die russischen Armeen sich nach der polnischen Grenze bewegen und dem Baltikum zustreben. Vieles spricht dafür, daß diese Armeen es sein werden, die letzten Endes die Grenzen bestimmen. Auch andere Zeichen reden von dem russischen Erfolg: Herr Beneš reist zum Bündnisabschluß nach Moskau, was die Engländer bislang hatten verhindern können — unter russischem Schirm wird eine neue Tschechoslowakei entstehen. Weiter: die Beziehungen zwischen England und General Michailowitsch sind ziemlich unvermittelt gelöst. In Finnland wächst die Sorge fast stündlich, und Schweden erlebt die Fluten prorussischer Wellen wie niemals zu-

vor. Eines ist gewiß: in den Bereichen des Ostens ist die Entscheidung Rußland in die Hand gelegt. Könnte es anders sein? Sind es doch die Armeen Stalins, die diesen Krieg entschieden haben und rasch seinem letzten Ende zuführen. Und wenn in den Straßen Londons die Lampen und die Kontakte für die wiedererstehende Beleuchtung, die dann eine Festbeleuchtung sein wird, eilig in Stand gesetzt werden, wenn man in den Vereinigten Staaten beginnt, die Rüstungsproduktion zu drosseln, dann haben die Armeen Rußlands, haben die Opfer seiner Völker dies in weitestem Maße vollbracht. Dies feststellen, bedeutet nichts weiter als die Anerkennung der nackten Tatsachen. Und so ist es nur logisch, daß die Macht dieses Reiches sich auf dem politischen Felde des östlichen Bereiches durchsetzen mußte. Täuschen wir uns, wenn hier das letzte Ergebnis der Konferenz von Moskau erkennen?

Die Engländer halten sich dafür schadlos in ihren Bereichen. Das mußte de Gaulle dieser Tage, um den Libanon, erfahren. Der greise Marschall aber kehrt zum Parlament zurück. Gleichgültig, ob die Verfassungsakte nun publiziert werden oder nicht — sie sind ein letzter, ein schier übermenschlich-verzweifelter Versuch, die ganze Entwicklung seit dem 10. Juli 1940 mit einem Schlage zu löschen. Wem müßten solche Zeichen nicht wirklich genügen, um zu erkennen, was die Stunde geschlagen hat?

Im Felde, 23. November 1943.

Jann v. Sprecher.

Kulturelle Umschau

Das Schauspiel in Zürich.

Die drei Aufführungen des Schauspielhauses, über welche diesmal zu berichten ist, waren sämtlich — abgesehen von dem künstlerischen Interesse, das sie erwecken mußten — völlig unberechenbar in ihrer Wirkung auf das Publikum. Wie würde ein historisches Drama von Strindberg eine Zeit beeindrucken, die Geschichte erlebt von einer Wucht, welche alles Individuelle zu einer gestaltlosen Masse zusammenwalzt? Wie würde man heute auf die hintergründigste und stillste Komödie Molières reagieren, an der große Zeiten ihren Sinn für tragische Einsamkeit und kluge Geselligkeit gemessen haben? Und wie würde schließlich ein Offenbach redivivus uns packen: noch zart verstaubt oder schon altertümlich entsüht oder gar frisch wie je? Alles offene Fragen, die das Publikum zu einem ebenso fesselnden Spektakel machen mußten wie das Bühnengeschehn selbst.

Warum wurde wohl die „Königin Christine“ von Strindberg auf den Spielplan gesetzt? Damit Maria Becker wieder einmal eine große Rolle bekomme? Oder weil das Stück einige Parallelen zu heutigem Geschehen liefert, wie etwa die Wahrheit, es brauche nicht Ausnahmenaturen, um ein Volk zu regieren, sondern einen starken, klaren Durchschnittsmenschen? Oder um der Beschwörung der Gedanken- und Gewissensfreiheit willen ganz am Ende des Werks, die übrigens denkbar unverbunden bleibt mit dem Übrigen. Wie dem auch sei, der Eindruck, den das Stück vermittelte, war durchaus peinlich. Es ist möglich, daß es Zeiten gibt, wo man aufnahmebereit ist und vor allem war für die Art, wie Strindberg mit der ihm eigenen ägenden Besessenheit die Geschichte benützt, um